

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band 50

Industrie, Staat und Wirtschaftspolitik

Die konjunkturpolitische Diskussion
in der Endphase der Weimarer Republik
1930-1932/33

Von

Hak-Ie Kim



Duncker & Humblot · Berlin

HAK-IE KIM

Industrie, Staat und Wirtschaftspolitik

Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

**In Verbindung mit Rainer Fremdling,
Carl-Ludwig Holtfrerich, Hartmut Kaelble und Herbert Matis
herausgegeben von Wolfram Fischer**

Band 50

Industrie, Staat und Wirtschaftspolitik

**Die konjunkturpolitische Diskussion
in der Endphase der Weimarer Republik
1930-1932/33**

Von

Hak-Ie Kim



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kim, Hak-Ie:

Industrie, Staat und Wirtschaftspolitik : die konjunkturpolitische
Diskussion in der Endphase der Weimarer Republik 1930-1932/33 /
von Hak-Ie Kim. – Berlin : Duncker und Humblot, 1997
(Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte ; Bd. 50)
Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1995
ISBN 3-428-08710-0

Alle Rechte vorbehalten
© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-0588
ISBN 3-428-08710-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde unter dem Titel „Die Konjunkturpolitik am Ende der Weimarer Republik. Die Debatte zwischen Industrie, Reichsregierung und Reichsbank 1930-1932/33“, im Februar 1994 von der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen und für den Druck überarbeitet.

Mein erster Dank gilt der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mir durch ein mehrjähriges Stipendium mein Studium und meine Forschungsarbeit in Deutschland erst ermöglichte. Besonders verpflichtet bin ich meinem Lehrer und Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Hans Mommsen, der meine Arbeit anregte und immer wieder mit Geduld und Aufmunterung begleitete. Große Hilfe und Zuspruch erhielt ich in vielen Gesprächen auch von Herrn Prof. Dr. Dietmar Petzina, der zugleich die Arbeit des Korreferenten übernahm. Herrn Prof. Dr. Wolfram Fischer gebührt mein Dank dafür, daß er meine Arbeit in die von ihm betreuten „Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ aufnahm.

Ohne den Rat und die Hilfe vieler Institutionen und Einzelpersonen hätte diese Arbeit nicht geschrieben werden können. Aus der Vielzahl der Archive, deren Leiter und Mitarbeiter durch ihr Entgegenkommen die Arbeit erleichterten, sind stellvertretend das Haniel Archiv, das Historische Archiv der Friedrich Krupp GmbH, das Bayer Archiv und die Standorte des Bundesarchivs in Koblenz und Potsdam zu erwähnen. Für ihre Mühen, das Manuskript zu lesen und sprachliche Unebenheiten zu verbessern, schulde ich meinen Freunden Dr. Werner Plume, Dr. Mani Grieger, Gabriele Lotfi (geb. Berthold), Michael Nauen und Thomas Meschkapowitsch großen Dank, die mir auch das Alltagsleben an einer deutschen Universität stets erleichtert haben. Herrn Achim Brünger danke ich für seine Hilfe bei der stilistischen Überarbeitung des Textes, die durch einen Zuschuß des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ermöglicht wurde. Von Herzen danke ich auch meinen koreanischen Freunden, namentlich Yu-Kyung Kim und Byung Jik Ahn, die sich als freundliche Begleiter meines Studiums erwiesen.

Mein besonderer Dank gilt meiner Frau Jong-Soo, die meinen Ausführungen über das ihr so fremde Thema geduldig und oft mit Interesse folgte, manchmal sogar über Nacht. Sie war und ist der Glücksfall meines Lebens überhaupt. Widmen möchte ich diese Arbeit aber meinen Eltern, die mich über viele Jahre in jeder Hinsicht unterstützt haben und dabei nur meine Wünsche und Ziele vor Augen hatten.

Pusan, Korea, im Mai 1997

Hak-He Kim

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	1
II.	Hans Luther und die Großindustrie in den späten zwanziger Jahren	11
1.	Die Reichsreformbewegung und ihre Unterstützung durch die Industrie	11
2.	Die „Schaltstelle“ der Reichsreformbewegung: Gründung und politische Tätigkeit des Lutherbundes	20
3.	Die konzeptionelle Ausrichtung des Lutherbundes auf den Antiparlamentarismus	30
III.	Die konjunkturpolitische Diskussion am Vorabend der Bankenkrise	48
1.	Der deflationspolitische Konsens zwischen Politik und Wirtschaft vor der Zerreißprobe	48
2.	Erste Ansätze einer expansiven Wirtschaftspolitik in der Industrie	59
3.	Das Auseinanderbrechen des deflationspolitischen Konsenses innerhalb der Reichsregierung und die kreditpolitische Haltung Luthers	67
IV.	Die Auseinandersetzungen um eine expansive Konjunkturpolitik im Umfeld der Bankenkrise während des Sommers 1931	82
1.	Die Haltung Luthers während der Bankenkrise	82
2.	Die Finanzierung des „Russengeschäfts“ durch die Reichsbank	90
V.	Die konjunkturpolitische Diskussion von der Bankenkrise bis zur Pfundabwertung	104
1.	Die Forderung der Industrie nach einer aktiven Konjunkturpolitik der Reichsregierung	104
2.	Die konjunkturpolitischen Auseinandersetzungen auf der Währungskonferenz der Friedrich-List-Gesellschaft im September 1931	123

VI.	Der Verlauf der konjunkturpolitischen Diskussion von der Pfundabwertung bis zum Jahresende 1931	134
1.	Der konjunkturpolitische Immobilismus der Industrieverbände	134
2.	Der Vorstoß Warmbolds und die Beratungen des Wirtschaftsbeirats	146
VII.	Der Fortgang der konjunkturpolitischen Diskussion in der ersten Jahreshälfte 1932	163
1.	Die Initiative Krupps und die Beratungen des RDI über die Wirtschaftspolitik	163
2.	Die Auseinandersetzungen um den Wagemann-Plan	173
3.	Die Beratungen des Reichskabinetts über die Arbeitsbeschaffung und die Haltung Luthers im Frühjahr 1932	183
VIII.	Die konjunkturpolitische Diskussion in den letzten Monaten der Weimarer Republik	193
1.	Die Option der Industrie für eine expansive Konjunkturpolitik im autoritären Staat	193
2.	Die Konjunkturpolitik der Regierungen Papen und Schleicher und die Reaktion Luthers	209
IX.	Zusammenfassung	231
	Quellen- und Literaturverzeichnis	238

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdR	Akten der Reichskanzlei
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAP	Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam
BASF	Badische Anilin- und Soda-Fabrik
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BVP	Bayerische Volkspartei
CDBB	Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes
Compri-Bank	Commerz- und Privatbank Aktien-Gesellschaft
Danat-Bank	Darmstädter- und Nationalbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Dedi-Bank	Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DNVP	Deutsch-nationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GHH	Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HZ	Historische Zeitschrift
Ifago	Industrie-Finanzierungs-Aktiengesellschaft-Ost
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG Farben	I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Jg.	Jahrgang
Langnamverein	Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft, Augsburg
NL	Nachlaß
NotVO	Notverordnung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RGBI	Reichsgesetzblatt

X

Abkürzungsverzeichnis

RLB	Reichslandbund
RM	Reichsmark
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen
RWR	Vorläufiger Reichswirtschaftsrat
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
St. Abt.	Statistische Abteilung der Reichsbank
VDA	Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
VDESI	Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
VDMA	Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTB	Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan

I. Einleitung

Das politische Verhalten der Großindustrie in der Weltwirtschaftskrise ist seit langem Gegenstand heftiger Kontroversen über die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik und der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Der Grund ist naheliegend: sucht man die Ursachen dieser politischen Umwälzung nicht nur im Verhalten der politischen Parteien sowie der Einflußnahme der Kamarilla um den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, sondern wendet man sich auch dem grundsätzlichen Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu, dann erscheint der Untergang der Weimarer Republik letztlich auch als ein Ergebnis des gesellschaftlichen Legitimitätsverlusts der politischen Eliten.¹ Da der „korporative Pluralismus“, der den Interessenausgleich zwischen den gesellschaftlichen Kräften prägte sowie die Einflußmöglichkeiten der Wirtschaft auf die Politik in der Weimarer Republik kennzeichnete, die Großindustrie in der Endphase der Weimarer Republik in eine innenpolitische Veto-Position brachte², konnte die Weimarer Republik nur solange ihre Stabilität bewahren, wie die Industrie die pluralistische und sozialstaatliche Verfassungs- und Gesellschaftsordnung der Weimarer Republik zu akzeptieren bzw. zu stützen bereit war.³ Gerade in den Krisenjahren 1930 bis 1933 kam daher dem Verhältnis zwischen Staat und Industrie eine besondere Bedeutung zu.

Die vorliegende Untersuchung verfolgt die Absicht, anhand einer Analyse der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise das Verhältnis und die gegenseitige Einflußnahme von Industrie und Staat vor 1933 nachzuzeichnen und damit einen Beitrag zur Klärung der Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik zu leisten. Während der Staat zur Ausarbeitung und Durchführung seiner wirtschaftspolitischen Krisenstrategie die Unterstützung der über erheblichen gesellschaftspolitischen Einfluß verfügenden wirtschaftspolitischen Interessenverbände benötigte, stellte andererseits die staatliche

¹ Vgl. E. Rosenhaft u. W. R. Lee, State and Society in Modern Germany: Beamtenstaat, Klassenstaat, Wohlfahrtsstaat, in: dies. (Hrsg.), The State and Social Change in Germany, 1880-1980, New York 1990, S. 1.

² Vgl. B. Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, S. 17, im Anschluß an Ch. S. Maier, Recasting Bourgeois Europe, Princeton University Press 1975.

³ H. Mommsen hebt hervor, daß die Weimarer Republik nur solange lebensfähig war, „als im bürgerlichen Lager die Bereitschaft bestand, einen Ausgleich mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu suchen“. H. Mommsen, Sozialdemokratie in der Defensive. Der Imperialismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: derselbe (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenkampf und Volkspartei, Frankfurt a.M. 1974, S. 107.

Depressionsbekämpfung, also eine erfolgreiche Konjunkturpolitik, für viele Unternehmen eine Überlebensfrage dar. Schließlich wurde die wirtschaftspolitische Diskussion noch dadurch belastet, daß die Bekämpfung des Staatsinterventionismus vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen – allem voran der staatliche Eingriffe in die Wirtschaft in den Kriegs- und Nachkriegsjahren 1916 bis 1923 – als ein vorrangiges Ziel der großindustriellen Interessenpolitik galt.⁴

Die liberale ordnungspolitische Auffassung, die nicht nur von der Industrie, sondern auch von der Wissenschaft und den Wirtschafts- und Finanzressorts des Reiches weitgehend geteilt wurde, fand ihre konjunkturpolitische Entsprechung in der Deflationspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning. Gemäß der in der klassischen Nationalökonomie entwickelten Hypothese von der inhärenten Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems wird jede Krise bei freiem und funktionierendem Preismechanismus im Marktgeschehen von selbst behoben und ist als eine Gesundsschrumpfung bzw. eine durchaus notwendige Reinigungskrise anzusehen, da sie entweder auf exogene Umstände – wie staatliche Eingriffe – oder endogene Faktoren – z. B. in der Hochkonjunktur entstandene Disproportionalitäten in den Produktions- und Verteilungsstrukturen – zurückzuführen sei.⁵ Dieser Sichtweise fügte sich die Deflationspolitik Brünings nahtlos ein: der Staat sollte einerseits Störungen der freien Preisbildung – dazu wurden etwa das Tarifvertragssystem, soziale Absicherungen der Arbeitnehmer sowie das Kartellwesen gezählt – beseitigen und einen entsprechenden Effekt durch die Senkung von Löhnen und Preisen erzielen; andererseits sollte die öffentliche Finanzpolitik darauf ausgerichtet sein, Einwirkungen des Staates auf die Wirtschaft zu neutralisieren, indem der Staat „der Wirtschaft genau das wiedergebe, was er ihr entziehe“⁶, mit anderen Worten also Parallelpolitik betreiben, d. h. konjunkturbedingte Einnahmeverluste durch Ausgabenkürzungen im Etat ausgleichen.

Der deflationspolitische Konsens zwischen Wirtschaft und Staat ist jedoch nicht nur auf das in Kreisen der Großindustrie verbreitete Leitbild einer „staatsfreien Wirtschaft“ und die Dominanz der klassischen Konjunkturtheorie zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die prozyklische Konjunkturpolitik mit den politischen Zielsetzungen der staatlichen Instanzen und der Industrie im Einklang stand. Brüning wollte im Einvernehmen mit der Reichsbürokratie die Depression und die Deflationspolitik zur Streichung der Reparationen und zur Beseitigung der föderativen Struktur des Reiches instrumentalisieren, wobei die deflationistische Finanzpolitik zum einen die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands unterstreichen sollte und

⁴ Vgl. G. D. Feldman, Aspekte deutscher Industriepolitik am Ende der Weimarer Republik 1930-32, in: K. Holl (Hrsg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie, Göttingen 1978, S. 110 ff.

⁵ Vgl. W. Glastetter, Konjunkturpolitik. Ziele, Instrumente, alternative Strategien, Köln 1987, S. 129 ff.

⁶ Vgl. H. Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 130.

zum anderen als Instrument zur finanziellen Aushöhlung der Länder und Gemeinden eingesetzt wurde.⁷ Die großindustrielle Krisenstrategie war demgegenüber darauf gerichtet, die Länder und Gemeinden im Zuge der Verwaltungs- und Reichsreform parlamentarisch – und damit auch finanzpolitisch – zu entmachten und zugleich die in der Kriegs- und Nachkriegszeit erheblich gestiegene Staatsquote herabzusetzen. Darüber hinaus verfolgte sie das Ziel, mit Hilfe der Losung der Krisenbekämpfung das kollektive Tarifrecht aufzulockern und das staatliche Schlichtungswesen zu beseitigen, was auf die Entmachtung der Gewerkschaften und schließlich auf die Zerstörung der parlamentarischen und sozialstaatlichen Errungenschaften der Weimarer Republik hinauslief.⁸

Der deflationspolitische Konsens begann etwa seit Mai 1931, als sich die Finanzpolitik Brünings trotz der rigoros betriebenen Ausgabenkürzungen bei gleichzeitigen Einnahmenerhöhungen als Fehlschlag erwies, beschleunigt seit der Bankenkrise im Juli 1931, mit der die Depression in eine qualitativ andere Phase eintrat, abzubrecken, und die antizyklische Konjunkturpolitik bot sich nun stärker als alternatives Konzept an. Die Exponenten einer expansiven Konjunkturpolitik stellten die Selbstheilungslehre der klassischen Ökonomie fundamental in Frage, indem sie die darin enthaltene Gefahr eines Unterbeschäftigungsgleichgewichtes betonten, die eine aktive Intervention des Staates in den Konjunkturverlauf notwendig erscheinen ließ.⁹ Diese „Keynesianer vor Keynes“ sahen die Mittel zur Überwindung der „deflatorischen Nachfragelücke“ vor allem in der staatlichen Arbeitsbeschaffung, durch welche „neue Arbeitsleistungen in den volkswirtschaftlichen Kreislauf“ so eingesetzt werden sollten, daß sich daraus eine „erweiterte Arbeitsgelegenheit“ und eine „Ausdehnung des bestehenden Finanz- und Güterkreislaufes“ ergab.¹⁰ Zielten die fiskalischen Krisenrezepte darauf ab, durch öffentliche Investitionen das volkswirtschaftliche Auftragsvolumen zu vermehren, so gingen die vornehmlich monetär orientierten Reformer davon aus, daß die Depression in erster Linie durch die Erhöhung der Geld- und Kreditmenge überwunden werden könne. Diese Vorstellung, die sich gleichermaßen als keynesianisch wie auch als monetaristisch bezeichnen läßt,¹¹ erfreute sich breiter Unterstützung der Industrie,

⁷ Vgl. H. Mommsen, Staat und Bürokratie in der Ära Brüning, in: G. Jasper (Hrsg.), Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson, Frankfurt a.M. 1976, S. 81 ff.

⁸ Vgl. B. Weisbrod, Die Befreiung von den „Tariffesseln“. Deflationspolitik als Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning, in: GuG 11 (1985), S. 295 ff.

⁹ Vgl. W. Glastetter, Konjunkturpolitik, S. 155 ff.

¹⁰ Vgl. K. Schiller, Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland, Berlin 1936, S. 10 f.

¹¹ Es ist wenig sinnvoll, vordergründig monetär orientierte Reformvorstellungen jener Zeit entweder als streng keynesianisch oder monetaristisch zu charakterisieren, zumal J. M. Keynes selbst seit der Verbreitung der Ansätze von Milton Friedman in den 1970er Jahren, der auf die enge Korrelation von Volkseinkommen und Geldmenge hingewiesen hat, immer häufiger monetaristisch interpretiert wird. Bei der vorliegenden Arbeit wird eine bestimmte Vorstellung nur insofern als monetaristisch bezeichnet, als sie die Erhöhung des Geldangebots